



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Pressemitteilung Nr. 7 vom 11. März 2025

Telefonische Beratung zur Einsichtnahme in Stasi-Akten und zu SED-Unrecht

Termin: 27. März 2025
Zeit: 10:00 bis 17:00 Uhr
Telefon: 0331-237292-21

Das Beratungsteam der Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einer telefonischen Beratung ein. Das Angebot richtet sich an Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR politisch verfolgt wurden, die in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen untergebracht waren und/oder Einsicht in ihre Stasiakten beantragen möchten, sowie an deren Angehörige. Die Beratung wird kostenfrei angeboten.

In den Gesprächen können insbesondere folgende Themen besprochen werden:

Einsicht in die Stasi-Unterlagen

- Antragstellung (einschl. Decknamen-Entschlüsselung und Wiederholungsanträge)
- Erläuterung zur Anonymisierung (Schwärzung)
- Antragstellung als nahe Angehörige von Verstorbenen
- Anträge für Forschung und Medien

Beratung zu SED-Unrecht

- Rehabilitierung von SED-Unrecht nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und sich daraus ergebende Leistungsansprüche
- Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden
- Vermittlung von psychosozialen Beratungs- und Hilfsangeboten

Beratung zur Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze

- Der Gesetzgeber hat am 30.01.2025 zahlreiche Verbesserungen zugunsten ehemals politisch Verfolgter beschlossen, die ab dem 01.07.2025 in Kraft treten.
- Bereits 2019 wurden die Rehabilitierungsmöglichkeiten für Betroffene, die in der DDR in Spezialkinderheimen, Jugendwerkhöfen, Durchgangs- und Sonderheimen untergebracht waren sowie für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR deutlich verbessert.

Sie erreichen die Beraterinnen und Berater am 27. März 2025 von 10 bis 17 Uhr unter folgender Telefonnummer: 0331-237292-21

Pressekontakt: Stefanie Wahl